

Mehr Bürokratie und weniger Freiheit – wie die KI den Kapitalismus perfektioniert

Die Digitalisierung steht in engem Zusammenhang mit dem Kapitalismus. Der Schweizer Ökonom Mathias Binswanger erläutert im Interview, warum die sogenannte künstliche Intelligenz (KI) die Wirtschaft zunehmend vom Menschen abkoppelt, ihn überwacht, die Produktivität in der Wirtschaft weiter steigert und zugleich zu mehr Bürokratie führt. Mit ihm sprach TILO GRÄSER.

HINTERGRUND Herr Binswanger, in Ihrem letzten Buch beschreiben Sie die Verselbstständigung des Kapitalismus. Ich bin immer dafür, zu Beginn eines Gesprächs Begriffe zu klären. Da wäre die erste Frage: Was ist Kapitalismus?

MATHIAS BINSWANGER Das ist ein Wirtschaftssystem, das im 19. Jahrhundert entstanden ist, im Wesentlichen nach der industriellen Revolution, als Kapital zum wichtigsten Produktionsfaktor neben Arbeit wurde. Und dieses Wirtschaftssystem ist charakterisiert durch einige spezielle Eigenschaften. Unter anderem gehört dazu, dass es auch eine Geldwirtschaft ist, in der es darum geht, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, dass es Märkte gibt und wichtige Güter auf Märkten gehandelt werden, die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden und dass es dort einen Wettbewerb gibt, der die einzelnen Unternehmen dazu zwingt, ständig zu versuchen, besser zu sein als die Konkurrenz. In diesem System gibt es keinen Stillstand. Stattdessen müssen Unternehmen ständig versuchen, neue Produkte auf den

Markt zu bringen und effizienter zu produzieren mithilfe des technischen Fortschritts. Das führt am Schluss zu einem System, das nur erfolgreich ist, wenn es auch ein Wirtschaftswachstum gibt.

HINTERGRUND Dann die nächste Grundsatze Frage in dem Zusammenhang des Themas: Was ist künstliche Intelligenz? Was verstehen Sie darunter?

BINSWANGER Wir wissen nicht mal genau, was Intelligenz ist, geschweige denn, was künstliche Intelligenz ganz genau ist. Die beste Definition dafür stammt immer noch von Marvin Minsky, einem der Pioniere dieser künstlichen Intelligenzen, aus den 1980er Jahren. Der hat gesagt: Wenn Menschen Intelligenz brauchen würden, dasselbe zu tun, was eine KI leistet, dann nennen wir es intelligent. Unabhängig davon, ob es tatsächlich intelligent ist oder nicht. Aber das wissen wir ja bei Menschen auch nicht, wenn sie Antworten geben, ob sie tatsächlich intelligent sind oder nur so tun, als ob sie intelligent sind. Das ist letztlich eine sehr pragmatische

Definition. Wenn Algorithmen irgendetwas leisten, was uns intelligent erscheint, dann sprechen wir von künstlicher Intelligenz.

HINTERGRUND Programmierer sagen ja, das ist alles nur Programmierung ...

BINSWANGER Genau, die sagen dann: Das ist ja gar nicht wirklich intelligent. Wir sollten gar nicht von künstlicher Intelligenz sprechen. Aber wie gesagt, wir wissen nicht genau, was Intelligenz ist. Und deshalb müssen wir uns einigen, was wir mit künstlicher Intelligenz beschreiben. Unabhängig davon, ob wir das nach irgendwelchen anderen Kriterien tatsächlich als intelligent bezeichnen oder nicht.

HINTERGRUND In Ihrem Buch beschäftigen Sie sich mit der Verselbstständigung des Kapitalismus durch die KI. Sie hatten in Ihrem vorherigen Buch über den Wachstumszwang festgestellt, dass sich der Kapitalismus bereits durch diesen Wachstumszwang verselbstständigt hat. Was ist jetzt das Neue durch die KI?

BINSWANGER Traditionell von Menschen getroffene Entscheide werden an **KI** delegiert, welche diese Entscheide schneller und informierter treffen kann als ein Mensch. Sie kann in kürzerer Zeit viel mehr Informationen erfassen und dann entsprechend verarbeiten und Entscheidungen daraus ableiten. Insbesondere Unternehmen delegieren gerne Entscheide an die **KI**. Diese kann zum Beispiel viel schneller alle relevanten Entwicklungen auf Finanzmärkten auf der ganzen Welt erfassen. Sie kann dann entsprechend daraus Investitionsentscheidungen auf Finanzmärkten ableiten. Damit werden diese Entscheidungen an die **KI** delegiert. Das Ziel ist ja, eine möglichst hohe Rendite bei einem bestimmten Risiko zu erzielen. Damit verselbstständigen sich dann die Investitionsentscheidungen und werden vom Menschen unabhängig.

HINTERGRUND Da fällt mir noch eine andere Frage ein: **KI** braucht ja einen hohen Energieaufwand. Es gibt Berichte über die Rechenzentren, die immer größer werden und immer mehr Strom verbrauchen. Ist **KI** für die Wirtschaft tatsächlich effektiv? Und ist sie ökologisch? Wie sehen Sie die Ökonomie der **KI**?

BINSWANGER Das ist nicht zwingend effektiv, und gerade beim Energieverbrauch sieht man ja auch die Schizophrenie. Auf der einen Seite soll **KI** dazu dienen, die Wirtschaft ökologischer zu machen. Auf der anderen Seite ist sie an einen enormen Energiebedarf gekoppelt, sodass wir gar nicht wissen, ob die **KI** tatsächlich dazu beitragen kann, die Wirtschaft ökologischer zu machen. Also braucht es weitere Technologiefantasien. Eine solche Fantasie betrifft das Quantencomputing, welches angeblich den Energieverbrauch drastisch senken wird. Aber das ist eine Utopie, und wir haben keine Ahnung, ob Quantencomputing jemals kommen wird.

HINTERGRUND Mit der Digitalisierung wird ja auch der Abbau von Bürokratie versprochen in Wirtschaft und Staat. Sie weisen in Ihrem Buch darauf hin. Gleichzeitig sagen Sie aber, **KI** führe im Gegenteil zu mehr Bürokratie. Warum ist das so?

BINSWANGER Weil die **KI** nie gekannte Möglichkeiten für das Controlling eröffnet, da sich Menschen und Prozesse jetzt in Echtzeit überwachen und optimieren lassen. Also werden jetzt noch viel mehr Daten erhoben und ausgewertet, als dies jemals der Fall war,

und das Controlling wird entsprechend intensiviert. Wann immer man die Möglichkeit schafft, eine Tätigkeit zu intensivieren, dann wird diese Chance wahrgenommen, und bei der **KI** ist das nicht anders. Intensivere Datenbeschaffung und Controlling mithilfe von **KI** schaffen zusätzlich auch neue Komplexitäten. So haben wir heute zum Beispiel das Problem des Datenschutzes. Deshalb muss man die Datenverwendung entsprechend regulieren, und es entstehen Bürokratiemonster wie die Datenschutzgrundverordnung. Auf diese Weise haben wir am Schluss nicht weniger, sondern mehr Bürokratie.

HINTERGRUND Wie kann man das dann den Menschen erklären, denen weniger Bürokratie versprochen wird, wenn das so ist, wie Sie es beschreiben?

BINSWANGER Es wird im Kleinen Bürokratie abgebaut, indem vielleicht irgendein Formular, das man bisher selbst ausfüllen musste, mithilfe von **KI** ausgefüllt werden kann. In solchen Einzelfällen spricht man dann von Bürokratieabbau. Im Kleinen vereinfacht man ein paar Dinge, aber im Großen wird die Bürokratie weiter ausgebaut. **KI** ermöglicht auch eine viel intensivere Regulierung und Dokumentierung.

Zum Beispiel kommt es zu umfangreichen allgemeinen Geschäftsbedingungen, die wahrscheinlich in Zukunft gar niemand mehr lesen wird, da sie viel zu umfangreich sind. Aber man muss sich ja gegen alle möglichen Eventualitäten absichern. Das wird dazu führen, dass die **KI** diese allgemeinen Geschäftsbedingungen in Zukunft schreibt und andere **KI** diese dann liest, sodass wir als Menschen überhaupt nie mehr in Kontakt mit diesen Bestimmungen kommen. Dadurch werden sie für uns aber auch zu einer Art Black Box. Das ist ein gefährlicher, aber häufig vernachlässigter Aspekt der **KI**.

HINTERGRUND Sie haben auch Zweifel, dass die Wirtschaft mithilfe der **KI** produktiver wird. Wie begründen Sie das?

BINSWANGER Ja, die Wirtschaft wird produktiver, wenn wir nur in die Produktion schauen. Wenn man gewisse Produktionsvorgänge anschaut in einer Fabrik, dann sehen wir ja kaum noch Menschen, die in einer Fabrikhalle arbeiten. Da sind nur noch Maschinen und Roboter. Dank **KI** steuert sich die virtuelle Fabrik zunehmend selbst, was die Arbeitsproduktivität erhöht. Genauso ist es auch bei verschiedenen Dienstleistungen, also zum Beispiel,

MATHIAS BINSWANGER ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen. Er ist Autor des 2006 erschienenen Buches *Die Tretmühlen des Glücks*, das in der Schweiz zum Bestseller wurde. 2024 erschien sein neuestes Werk *Die Verselbstständigung des Kapitalismus. Wie KI Menschen und Wirtschaft steuert und für mehr Bürokratie sorgt*. Laut dem Ökonomen-Ranking der *Neuen Zürcher Zeitung* gehört Mathias Binswanger regelmäßig zu den einflussreichsten Ökonomen in der Schweiz.



»Wir müssen der KI vertrauen, dass sie die richtigen Entscheidungen für uns trifft. Die Frage ist dann aber: Kann man der KI wirklich trauen?«

wenn in Banken die **KI** Finanzanalysen macht und dann entsprechende Entscheidungen trifft und Portfolien neu strukturiert, dann braucht es auch keine Finanzberater mehr und keine Finanzanalytiker. Das steigert die Produktivität. Aber wenn man die ganzen Unternehmen anschaut, wird es nicht produktiver. Bei Banken sehen wir, dass stattdessen die Compliance-Abteilung entsprechend wächst. Was weniger an Finanzanalytikern gebraucht wird, das wird mehr an Compliance-Managern gebraucht. Wenn wir uns die ganzen Unternehmen anschauen, ergibt sich aufgrund dieser Zunahme der Bürokratie insgesamt keine Zunahme der Arbeitsproduktivität.

HINTERGRUND Welche Effekte hat die **KI** für die Arbeit, für die Beschäftigten und auch für die Selbstständigen? Steigen die Arbeitslosenzahlen dadurch noch weiter?

BINSWANGER Eben nicht, weil das sich einfach in die Bürokratie verlagert, also in die Organisation, ins Controlling, in die Regulierung, aber auch in Dinge wie Zertifizierung. Das wird immer umfangreicher, sodass sich einfach die Beschäftigung verlagert, weg von der Produktion, hin in die Bürokratie.

HINTERGRUND Aber Sie sagen ja auch, dass die **KI** immer mehr sogenannte intelligente Tätigkeiten, auch Verwaltungstätigkeiten, übernimmt. Und dieses zunehmende Controlling, das kann doch dann auch die **KI** übernehmen.

BINSWANGER Das kann auch die **KI** in einer gewissen Weise übernehmen. Dann kommen aber neue Probleme dazu, zum Beispiel ethische Probleme. Wer haftet zum Beispiel, wenn Autos selbst fahren werden? Da gibt es neue Haftungsprobleme. Dann wird da wiederum auf höherer Ebene Controlling gebraucht, sozusagen ein ethisches Controlling. Dann gibt es plötzlich Ethikkommissionen, die sich mit solchen Fragen beschäftigen und 100-seitige Ethikberichte schreiben müssen

und so weiter. Also, wenn wir es genau anschauen, sehen wir: Diese Bürokratie verlagert sich einfach auf höhere Ebenen.

HINTERGRUND Welche Folgen hat der massive Einsatz von **KI** für die Gesellschaft? Sie soll ja angeblich eine schöne neue Welt ermöglichen, sicher und bequem. Welchen Preis zahlt die Gesellschaft dafür?

BINSWANGER Es kommt immer darauf an, wofür man **KI** einsetzt. Es gibt schon **KI**, die unsere Welt sicherer und bequemer macht, aber ein Großteil von **KI**-Anwendungen dient einfach unserer Ablenkung. Es entstehen immer neue Unterhaltungsangebote, immer mehr Games und Spiele, sodass wir immer besser abgelenkt werden. **KI** verwandelt die Welt auch zunehmend in eine Black Box. Wir können grundsätzlich nicht durchschauen, warum eine **KI** im konkreten Fall so oder so entscheidet, weil sie irgendwelche Muster in riesigen Datenmengen erkennt, irgendwelche zeitlichen, räumlichen Muster, die aber für das menschliche Gehirn nicht mehr zugänglich sind. Und das heißt: Wir müssen einfach dieser **KI** vertrauen, dass sie die richtigen Entscheidungen für uns trifft. Die Frage ist dann aber: Kann man der **KI** wirklich trauen? Stecken da nicht auch andere Interessen dahinter? Das ist so ein bisschen ähnlich wie im Mittelalter: Da musste man auch einfach Gott vertrauen, dass das, was geschieht, eben seine Richtigkeit hat, weil Gott in seiner großen Weisheit besser weiß, was für uns gut ist, auch wenn wir das im Moment gerade nicht durchschauen können. Bei der **KI** ist das ganz ähnlich. Da müssen wir glauben, dass die **KI** die richtigen Entscheidungen für uns trifft, auch wenn wir im Moment nicht durchschauen oder erkennen können, weshalb das so ist. Der Preis, den wir dafür zahlen, ist ein Verlust von Freiheit, von Privatsphäre. Wir werden dadurch immer mehr überwacht. Wir sind aber bereit, den Preis zu zahlen für die Versprechen von mehr Bequemlichkeit, mehr Sicherheit und mehr Produktivität.

HINTERGRUND Zu den erwähnten Ähnlichkeiten mit dem Mittelalter: In seinem Buch *Technofeudalismus* schreibt Yanis Varoufakis, die Tech-Konzerne seien die neuen Feudalherren und dass der Kapitalismus dadurch schon getötet sei. Wie bewerten Sie diese Thesen vom Technofeudalismus?

BINSWANGER Der Kapitalismus wird nicht getötet, sondern perfektioniert, indem marktmächtige Anbieter die Nachfrage immer besser beeinflussen können. Unternehmen haben schon immer versucht, Marktmacht auszunutzen und zu ihren Gunsten zu verwenden. Das ist auch bei der **KI** der Fall. Letztlich sind es ein paar wenige Big-Tech-Unternehmen, die diesen ganzen Markt für **KI** kontrollieren. Das sind die üblichen Verdächtigen, wie *Alphabet*, *Amazon*, *Apple*, *Microsoft*. Es kommen ein paar neue dazu, wie *OpenAI* und *Lydia* und so weiter, ein paar Chinesen. Aber es sind wenige, die am Schluss entscheidend sind, weil man zu zwei Dingen Zugang haben muss: Einerseits muss man die ganzen Algorithmen entwickeln, auf denen die **KI** beruht, und sich damit Zugang zum Know-how verschaffen. Und zweitens muss man Zugriff auf Big Data haben. Nur wenn beides parallel vorhanden ist, hat man tatsächlich einen Einfluss.

Ich vergleiche es gerne mit dem Gesundheitswesen. Dort haben wir eine ähnliche Situation. Erstens zahlen die Konsumenten, die Patienten, häufig nicht direkt selbst für die Leistungen, die sie in Anspruch nehmen. Diese werden über die Krankenkassen oder mit Steuern finanziert. In diesem Fall ist das Kostenbewusstsein nicht so ausgeprägt. Das ist bei vielen dieser **KI**-Leistungen ähnlich. So können wir ChatGPT gratis nutzen. Wir bezahlen allerdings indirekt mit Daten, die wir liefern. Und zweitens entsteht eine Informationsasymmetrie. Das heißt, der Anbieter ist viel besser informiert als der Nachfrager. Und wenn das so ist, dann kann man immer die Nachfrage über das Angebot steuern. Also zum Beispiel kann der Arzt auf die Art, wie er mir eine Behandlung

präsentiert, beeinflussen, ob ich sie mache oder nicht. Wenn er mir sagt, wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht, das würde ich unbedingt empfehlen, dann mache ich es. Wenn er aber sagt, da würde ich warten, bei dieser Behandlung hatten wir zum Teil starke Nebenwirkungen, dann warte ich natürlich noch. Das ist bei der **KI** ähnlich, wo diese Informationsasymmetrie ebenfalls existiert. Der Konsument ist viel weniger informiert als der Anbieter. Also werden wir mit Erfolgsgeschichten überschüttet. Und es wird uns gesagt, dass wir möglichst schnell viel Geld in **KI** investieren sollen, denn sonst ist der Zug abgefahren, und wir werden abgehängt. Ganz ähnlich wie ein Arzt, der uns sagt, wir sollten jetzt sofort eine Behandlung machen, denn sonst könnte es immer schlimmer werden. Marktmacht kombiniert mit Informationsasymmetrie schafft für Anbieter ideale Marktbedingungen.

HINTERGRUND Kate Crawford legt in ihrem Buch *Atlas der KI* die materielle Wahrheit hinter den neuen Datenimperien offen. Welche realen Interessen stehen aus Ihrer Sicht hinter den digitalen Algorithmen?

BINSWANGER Das Interesse, Gewinne zu erzielen, und das klappt am besten, wenn man Marktmacht hat. Die Big-Tech-Unternehmen sind da tatsächlich sehr gut aufgestellt und nutzen ihre Marktmacht aus. Das heißt, bei vielen **KI**-Anwendungen können wir nie ganz sicher sein, ob da nicht auch noch andere Interessen dahinterstecken. Sind das wirklich »wohlwollende Sklaven« für uns, die uns nur helfen, unsere Entscheidungen in Zukunft besser zu vertreten? Ein Beispiel: Es gibt bei *Amazon* diesen Buy-Box-Algorithmus, der auf **KI** beruht und entscheidet, welches Produkt als Erstes in die Buy Box reinkommt, wenn man etwas bestellt. Meistens wird das gekauft, was als Erstes in die Buy Box kommt. Es gibt schon lange den Vorwurf, dass dieser Algorithmus *Amazon* eben begünstigt, wo der Konzern eigene Angebote hat, also häufiger Produkte von *Amazon* selbst in diese Buy Box reinkommen. Das Unternehmen sagt, das stimme nicht, der beruhe nur auf objektiven Kriterien, also Kundenzufriedenheit, wie schnell geliefert wird und so weiter. Stimmt das oder stimmt das nicht? Das ist genau das Problem. Man kann es nicht mehr wirklich überprüfen, weil man es gar nicht durchschauen kann, wie diese Entscheidungen tatsächlich zustande kommen.

HINTERGRUND Sie beschreiben die Ohnmacht der Konsumenten. Sie warnen vor einer unheiligen Allianz zwischen Wirtschaft und Staat infolge der Digitalisierung. Wie zeigt sich diese unheilvolle Allianz?

BINSWANGER Dadurch, dass auch der Staat gerne großartige **KI**-Projekte umsetzen würde wie zum Beispiel die Errichtung von Smart Cities. Dort ist dann die ganze Energieversorgung, aber auch das Verkehrssystem smart und wird durch **KI** gesteuert. Das wird uns häufig auch mit ökologischen Argumenten verkauft. Wenn die Energieversorgung mit **KI** gesteuert ist, dann können wir angeblich sehr viel Energie sparen und die Energieversorgung wesentlich verbessern. Aber der Staat hat nicht die technologischen Möglichkeiten, solche Projekte umzusetzen. Die Einzigen, die diese technologischen Möglichkeiten haben, sind wiederum die Big-Tech-Unternehmen. Das heißt, der Staat muss dann zwingend mit irgendeinem Unternehmen eine Allianz eingehen, welches Infrastruktur und **KI** zur Verfügung stellt, damit so etwas umgesetzt werden kann. So kommt es dann zu einer unheimlichen Allianz zwischen Staat und solchen Big-Tech-Unternehmen. Beide sind daran interessiert, dass man solche Projekte fördert und einführt.

HINTERGRUND Was hat das Ganze, was Sie beschreiben, noch mit dem zu tun, was als Demokratie bezeichnet wird?

BINSWANGER Es gibt natürlich eine gewisse Gefährdung, die aber nicht neu ist. Die Demokratie war immer wieder gefährdet, und man muss sie sich immer wieder erkämpfen. Es sind längst nicht immer alle begeistert von Demokratie – schon gar nicht Regierungen. Es ist schizophran: Auf der einen Seite wird man immer mehr dominiert durch große Unternehmen und durch den Staat. Auf der anderen Seite kommt dann auch wieder das Versprechen, jetzt kann der Einzelne viel besser seine Bedürfnisse in solchen Systemen umsetzen und hat viel direkter Zugang zu gewissen Dingen. Man versucht **KI** so zu präsentieren, als ob sie demokratiefreundlich ist.

HINTERGRUND Ist das demokratiefreundlich?

BINSWANGER Ich würde sagen, grundsätzlich ist es eher eine Gefahr für die Demokratie, weil es die Macht von denjenigen zementiert, die auf dem Markt stark sind,

und auch dem Staat ganz neue Mittel an die Hand gibt. Das ermöglicht dem Staat immer mehr, gegen die Interessen der Bürger zu regieren.

HINTERGRUND Zum Abschluss die Frage: Wie gehen Sie als Ökonom mit den Erkenntnissen, die Sie haben, selbst mit **KI** um, und welche Alternativen gibt es gesellschaftlich und für die einzelnen Bürger? Reicht es einfach, sich der **KI** zu verweigern?

BINSWANGER Wichtig ist, dass Alternativen erhalten bleiben. Das heißt, man muss dafür kämpfen, dass wir zum Beispiel in Zukunft nicht gezwungen werden, in smarten Häusern zu leben. Das scheint im Moment noch selbstverständlich. Aber es kann natürlich sein, dass irgendwann Energiesysteme eingeführt werden, die auf **KI** beruhen. Da ist es zwingend notwendig, dass alle Häuser integriert sind. Dann wird man sagen: Jetzt kann man nicht wegen ein paar Querulanten, die das nicht wollen, auf diese großartigen technologischen Möglichkeiten, die wir heute haben, einfach verzichten. Also müssen diese halt zwangsläufig auch in dieses System integriert werden. Deshalb ist es wichtig, dass Menschen weiterhin das Recht haben, in nichtsmarten Häusern zu leben, ohne finanzielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Man wird höchstwahrscheinlich versuchen, solche Entwicklungen mit finanziellen Anreizen zu fördern. Diejenigen, die bereit sind, ihre Energieversorgung an die **KI** zu delegieren, werden dann günstigere Tarife bekommen. Doch nur solange es Alternativen gibt, wird man nicht abhängig von einem ganz bestimmten System. Wenn es diese nicht mehr gibt, dann ist die Abhängigkeit da.

HINTERGRUND Welche konkreten Alternativen können das sein? Sie haben in einem anderen Interview gesagt, dass Sie sich zum Beispiel weigern, ein smartes Auto zu fahren.

BINSWANGER Genau, das ist ein Beispiel. Und auch, dass ich dadurch keine finanziellen Nachteile habe und dass es weiterhin möglich ist, mit einem nichtsmarten Auto fahren zu können, in dem eben keine Überwachungsgeräte sind. Das dürfte aber schon in den nächsten Jahren schwierig werden in der **EU**, weil vorgesehen ist, dass Sensoren in den Autos installiert werden müssen. Da sehen wir schon konkret, was auf uns zukommt. ■

In Deutschland wurde diese Entwicklung am Beispiel »HessenDATA« sichtbar. Seit 2017 nutzt die hessische Polizei eine *Palantir*-Plattform, um unterschiedliche Datenquellen zu verknüpfen: Fallakten, Meldedaten, Funkzellenabfragen, soziale Beziehungen.⁵ Die Software erzeugt Beziehungsgeflechte, Verdachtsmomente und Prioritätenlisten, die in Ermittlungen einfließen.

Offiziell hat *Palantir* keinen Zugriff auf die Daten; die Server stehen beim Land Hessen. Technisch mag das stimmen, politisch ändert es wenig. Denn die Software von *Palantir* strukturiert weiterhin, was die Polizei sehen kann. Sie setzt die Regeln dafür, welche Zusammenhänge sichtbar werden, wie stark einzelne Faktoren gewichtet werden und welche Konstellationen als gefährlich gelten. Nicht der Dateneinblick selbst ist der Kern der Macht, sondern die Architektur der Analyse.

Das Bundesverfassungsgericht zog 2023 die Notbremse. Es erklärte zentrale Teile der hessischen und der Hamburger Befugnisnormen zur automatisierten Datenanalyse für verfassungswidrig.⁶ Der Staat habe damit faktisch eine Form anlassloser Massenanalyse geschaffen, ohne die Eingriffe in die Grundrechte präzise zu begrenzen.⁷ Bürgerrechtsorganisationen wie die »Humanistische Union« hatten zuvor gewarnt, die Technik ermögliche eine verdeckte, kaum kontrollierbare Ausweitung polizeilicher Macht.⁸

Bemerkenswert, denn damit wurde erstmals höchstrichterlich festgestellt, dass automatisierte Datenanalyse nicht nur ein technisches Hilfsmittel, sondern ein eigenständiges Machtinstrument ist. Die Richter machten implizit deutlich, dass sich polizeiliche Eingriffstiefe nicht mehr allein an

sichtbaren Maßnahmen bemisst, sondern an der Qualität der vorangehenden Datenverknüpfung. Wer die Muster vorgibt, formt die Verdachtslandschaft, lange bevor ein Beamter konkret handelt. Was das Gericht nicht getan hat: Es hat *Palantir* nicht verboten. Es hat dem Staat aufgegeben, die Eingriffe genauer zu regeln, also die Architektur der Überwachung »verfassungskompatibel« zu machen. Die Entscheidung ist daher weniger ein Stopp als eine juristische Mahnung, wie weit sich staatliche Macht bereits in technische Systeme ausgelagert hat.

Während in Deutschland noch über »HessenDATA« gestritten wird, ist *Palantir* längst tiefer in europäische Strukturen vorgedrungen. Recherchen von *Heise* und der Bürgerrechtsorganisation »Statewatch« zeigen, wie eng Europol mit großen Tech-Firmen kooperiert, darunter *Microsoft*, *Clearview AI* und *Palantir*.⁹ In vertraulichen Projekten werden dort Analysewerkzeuge getestet, die europaweit Polizeidaten, Kommunikationsspuren und offene Quellen zusammenführen sollen.¹⁰

Parallel baut die EU mit Systemen wie dem künftigen Reisedaten-System **ETIAS** eine eigene Risikoinfrastruktur auf. **ETIAS** soll visafreie Reisende vorab scannen, um »Sicherheits-, Migrations- oder Epidemierisiken« zu identifizieren.¹¹ Auch hier gilt: Schon bevor ein konkreter Verdacht besteht, sollen Daten algorithmisch bewertet werden. Die Grenze zwischen präventiver Sicherheit und anlassloser Kontrolle wird technikbasiert neu gezogen.

Dass diese Logik längst in den Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge hineinwirkt, zeigt das Beispiel Großbritannien. Dort hat *Palantir* den Zuschlag für die zentrale »Federated Data Platform«

des National Health Service (**NHS**) erhalten, ein milliardenschweres Projekt zur Verknüpfung von Patientendaten.¹² Hier geht es nicht mehr um Kriminalität oder Terror, sondern um Krankheit, Versorgung, Gesundheitsrisiken, also um das intimste Datenfeld moderner Gesellschaften.

Am sichtbarsten wird die neue Rolle *Palantirs* jedoch im Krieg. Die Ukraine nutzt nach eigenen Angaben Software des Unternehmens unter anderem zur Auswertung russischer Angriffe und zur Dokumentation des Kriegsgeschehens.¹³ Drohnenbilder, Satellitendaten, Funkaufklärung und Lageberichte fließen in datenbasierte Entscheidungsmodelle ein, die militärische Abläufe beschleunigen.

Zugleich wirbt die Regierung in Kiew offen damit, dass ihr »digitales Schlachtfeld«, Millionen Stunden Drohnen- und Sensordaten, ein wertvolles Gut für westliche Rüstungs- und Tech-Konzerne sei.¹⁴ Die Front wird damit zum Reallabor. Systeme, die unter Laborbedingungen schwer testbar wären, werden im realen Gefecht erprobt, optimiert und marktreif gemacht.

Ökonomisch entsteht daraus ein paradoxer Mechanismus: Je größer die Unsicherheit, desto wertvoller die Plattform. Je instabiler die Weltlage, desto lukrativer die Versprechen der Risikokontrolle. Krieg, Terror, Migration, Pandemien, all diese Krisenlagen speisen den wirtschaftlichen Kern des Geschäftsmodells. Sicherheit produziert hier nicht nur Stabilität, sondern dauerhaft neue Nachfrage.

Palantir steht an der Schnittstelle dieser Entwicklung: als Datenpartner, als Analyseanbieter, als politischer Akteur, der in Washington wie in Berlin dafür wirbt, dass ohne seine Plattform die »freie Welt« verwundbar sei.¹⁵ Der Krieg dient damit nicht

GÜNTHER BURBACH, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nachdem er Kolumnist einer Wochenzeitung war, arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit einem gesellschaftspolitischen Blick.

- 1 CNBC, »The CIA-backed start-up that's taking over Palo Alto«, 12.01.2016, <https://www.cnbc.com/2016/01/12/the-cia-backed-start-up-thats-taking-over-palo-alto.html>
- 2 The Guardian, »Seeing stones: how Palantir became a front-runner in Europe's health data war«, 02.04.2021, <https://www.theguardian.com/world/2021/apr/02/seeing-stones-pandemic-reveals-palantirs-troubling-reach-in-europe>
- 3 CNBC, »The CIA-backed start-up that's taking over Palo Alto«; The Guardian, »Seeing stones: how Palantir became a front-runner in Europe's health data war«
- 4 The Guardian, »Seeing stones: how Palantir became a front-runner in Europe's health data war«
- 5 Deutsche Welle, »German police expands use of Palantir surveillance software«, 07.11.2024, <https://www.dw.com/en/german-police-expands-use-of-palantir-surveillance-software/a-73497117>
- 6 Bundesverfassungsgericht, Beschluss v. 16.02.2023 – 1 BvR 1547/19, 1 BvR 2634/20, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/02/1rs20230216_1bvr154719.html
- 7 Ebenda; LDI NRW, »Urteil gegen automatisierte Datenanalyse in Hessen und Hamburg«, 27.06.2023, <https://www.ldi.nrw.de/urteilt-gegen-automatisierte-datenanalyse-hessen-und-hamburg>